

Moratorium für Privatisierung gilt zunächst auch im nächsten Jahr

Jens Blankennagel

POTSDAM. Die Gegner der Privatisierung von einst volkseigenen Seen sind in den vergangenen Monaten zur größten Volksbewegung im Land geworden. Knapp 90 000 Unterschriften sammelten die Aktivisten, um den Verkauf öffentlicher Gewässer aus dem einstigen Treuhandbesitz zu stoppen. Wegen der Proteste hatte die bundeseigene Treuhandnachfolgerin BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) Anfang August die öffentliche Ausschreibung weiterer Seen bis Ende 2009 unterbrochen.

Jetzt ist klar: Das Moratorium soll zunächst weiterhin gelten. "Es ist nicht geplant, in den kommenden Monaten Seen auszuschreiben", sagte BVVG-Sprecherin Constanze Fiedler der Berliner Zeitung. Hauptziel sei derzeit der Verkauf von Landwirtschaftsflächen. Doch der Seen-Verkauf werde nicht aufgegeben, denn die Privatisierung sei nun mal die von der Politik festgelegte Aufgabe der BVVG. "Wenn der Bund als Eigentümer unsere Aufgabe ändert, setzen wir das natürlich sofort um", sagte Fiedler.

Eine mögliche Bundesratsinitiative Brandenburgs, um die BVVG-Aufgabe zu ändern, fordern die Gegner der Seen-Privatisierung seit Monaten. Das Ziel scheint erreicht: Inzwischen stehen alle Landtagsparteien hinter dem Protest. SPD und Linken-Fraktion fordern nun vom Bund "die Schaffung genereller Voraussetzungen für eine kostenlose Übertragung von Gewässern an die ostdeutschen Bundesländer und Kommunen". Die Verlängerung des Moratoriums hatten zuletzt auch CDU und FDP gefordert.

Vor der Landtagswahl im September hatte Matthias Platzeck (SPD) als Chef einer rot-schwarzen Regierung noch eine Bundesratsinitiative abgelehnt und auf Verhandlungen mit dem Bund gesetzt. Wenn - wie erwartet - der Landtag Mitte der Woche nun dem Antrag der Regierungsparteien zustimmt, kann sich Brandenburg am Freitag im Bundesrat hinter den Antrag von Mecklenburg-Vorpommern stellen. Dessen Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) will nicht nur, dass die Privatisierung ostdeutscher Seen aus dem einstigen Treuhandbestand aufgegeben wird. In seinem Antrag heißt es, dass "bundeseigene Gewässer, die zum Verkauf vorgesehen sind", aufgrund der bedeutenden Rolle für Natur und Umwelt unentgeltlich in das Eigentum der Länder überführt werden. "Wir hoffen, dass Brandenburg und andere Länder unseren Antrag unterstützen", sagte eine Sprecherin des Schweriner Umweltministeriums.

"Der Seen-Verkauf ist ein hochemotionales Thema", sagte Carsten Preuß vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der die Unterschriftensammlung initiiert hat. Die Kritiker stört, dass der Bund auf dem Verkauf der Seen besteht, obwohl bislang gerade mal 15 Millionen Euro eingenommen wurden. "Die wären doch verschmerzbar."

Die Hoffnungen der Privatisierungsgegner richten sich nun auf den Bundesrat. Gleichzeitig werden weiter Unterschriften gesammelt. Beim Petitionsausschuss des Bundestages wurden bislang 84 000 Unterschriften eingereicht, Tausende weitere sollen folgen. "So wollen wir eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss erreichen und den Verkauf über den Bundestag stoppen", sagte Preuß.

Wie groß der Druck für die Kommunen ist, zeigt sich in der Gemeinde Am Mellensee. Dort steht der gleichnamige See zum Verkauf - Preis: 440 000 Euro. "Das können wir uns nicht leisten", sagte Bürgermeister Frank Broshog. Aber den knapp zehn Hektar kleinen Krummen See hat die Gemeinde gekauft. Sie hatte dagegen geklagt, dass der See der BVVG zugeordnet wird - aber verloren. "Dort ist eine unserer drei Badestellen", sagte Broshog. Immerhin konnte die Gemeinde

eine wichtige Zusage für den Fall durchsetzen, dass der Bund Seen tatsächlich in den nächsten zwei Jahren kostenlos an die Gemeinden abgibt. "Dann bekommen wir den Kaufpreis von 20 000 Euro zurück."

Gemeinden zuerst

Brandenburg gehört mit 3 000 Seen, die größer als ein Hektar sind, zu den seenreichsten Bundesländern.

In Ostdeutschland hat die BVVG bislang 14 000 Hektar Gewässerfläche privatisiert und so 15 Millionen Euro eingenommen. Weitere 15 000 Hektar (etwa 300 Seen) sind noch in BVVG-Besitz. Sie können auch weiter verkauft werden.

Die Seen werden von der BVVG zuerst der jeweiligen Anliegergemeinde angeboten. Wenn die - meist aus finanziellen Gründen - nicht kaufen will, wird der See dem Fischereipächter angeboten. Bei Ablehnung kommt es zur öffentlichen Ausschreibung im Internet, die derzeit nicht erfolgt.

Foto: Kein Schnäppchen: Für den Mellensee südlich Berlins sollte die Anliegergemeinde 440 000 Euro zahlen.